

Offener Brief an die Stadtspitze

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kleine, sehr geehrte Frau Dezernentin Dr. Kolb und sehr geehrter Herr Stadtarchitekt Fechtel,

auf diesem Weg möchten wir der von uns in weiten Kreisen Weimars wahrgenommenen Kritik in Bezug auf Ihre Reaktion auf die Petition zur vollständigen Renaturierung des ehemaligen EOW-Geländes Ausdruck verleihen. In diesem Zusammenhang möchten wir wichtige Kritikpunkte ansprechen und ein Plädoyer aus urbanistischer Sicht für eine zukunftsfähige, der Nachhaltigkeit, der Partizipation auf Augenhöhe und den eigenen Zielen verpflichtete Stadtspitze, Stadtverwaltung und Stadtplanung aussprechen.

Die anstehende Entscheidung im Stadtrat stellt eine weitreichende, Ihre Amtszeit weit übersteigende, Weichenstellung im Umgang mit Natur- und Klimaschutz sowie der städtischen Partizipationskultur dar. Der Beschluss zur Renaturierung des ehemaligen Industriegeländes wurde 1992 von einer CDU geführten Stadtspitze – als Reaktion auf Protest aus der Stadtbevölkerung gegen eine geplante Bebauung - gefasst. Daraufhin wurde das Gebiet im Flächennutzungsplan als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ausgewiesen. Seitdem wurde bereits über die Hälfte der Industriebrache erfolgreich mit Einsatz von vielen öffentlichen Geldern renaturiert. Im Juli vergangenen Jahres wurde öffentlich, dass Sie den Verkauf des gesamten EOW-Geländes an einen Investor planen, der der Stadt ein Angebot unterbreitet hat. Mittlerweile sind Sie davon abgerückt und planen die Verpachtung des ehemaligen Hauptgebäudes. Dieser Erbpacht-Vertrag soll eine Laufzeit von 66 Jahren haben. Dafür wird eines der brachgefallenen Gebäude nicht wie vorgesehen abgerissen, sondern saniert mit Erweiterung der Parkplätze und Zugangsstraße als neuer Firmensitz dienen. Die Entscheidung, vom seit 30 Jahren verfolgten Plan der vollständigen Renaturierung abzuweichen, löste ein andauerndes Unverständnis in weiten Teilen der Gesellschaft aus. Zur Enttäuschung führte seitdem auch der Umgang der Stadtspitze mit Kritiker*innen des Vorhabens. Zahlreiche Fachstimmen wurden laut und zahlreiche Expert*innen unterzeichneten die Petition für die vollständige Renaturierung. Mit Kritik meldeten sich ebenfalls der ehemalige langjährige Leiter des Grünflächenamtes, der Naturschutzbeirat der Stadt Weimar und über 1000 Menschen aus Weimar als Unterzeichner einer Petition zu Wort. Zu diesen Menschen aus Weimar zählen auch über 100 Fachleute aus Architektur, Landschaftsarchitektur und Städtebau. Anstatt den Wunsch nach Partizipation produktiv für eine gemeinsame und weitsichtige Lösungssuche aufzugreifen, warfen Sie den Initiator*innen der Petition Stimmungsmache vor und ziehen die Abstimmung im Stadtrat vor, um einer Anhörung im Landtag zuvorzukommen. Die knappe Entscheidung im Stadtrat können Sie zudem nach aktuellem Stand nur durch Stimmen (oder Enthaltung) der AfD gewinnen. Den Ausschlag würde also eine Partei geben, die den menschengemachten Klimawandel leugnet und vieles möchte, aber gewiss keine nachhaltige Stadt und Stadtgesellschaft. Die Notwendigkeit der Anpassung der Städte an den Klimawandel sowie ihre Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels ist in Politik und Wissenschaft unumstritten. Für die vollständige Renaturierung des EOW-Geländes kommen zudem vielfältige weitere ökologische, soziale und ökonomische Argumente hinzu, die im Folgenden kurz angesprochen werden.

Aus ökologischer Sicht ist es wichtig das EOW-Gelände in seiner Mehrdimensionalität von Natur- und Klimaschutz, Hochwasserschutz und als Naherholungsgebiet zu betrachten. Die Renaturierung des EOW-Geländes ist die aktuell größte Maßnahme für mehr Natur-, Klima- und Artenschutz der Stadt Weimar. Alle vergangenen Stadtregierungen seit 1992 haben das Projekt konsequent unterstützt. Sie selbst haben vor ein paar Monaten einen Änderungsantrag verabschiedet, indem Sie die erhebliche Notwendigkeit für Klimaschutz und Klimaneutralität anerkennen, mehr Maßnahmen für Klimaschutz ergreifen möchten und zur Erreichung der überregionalen Ziele des Klimaschutzes beitragen möchten. Die vollständige Renaturierung des EOW-Geländes hat zum Ziel, für mehr Artenschutz einen Biotopverbund herzustellen, für den Hochwasserschutz ein Flutmuldensystem (im Bereich des geplanten Gewerbebaus) zu realisieren und für die Verbesserung und Sicherstellung des städtischen Lokalklimas eine ungehinderte Kaltluftschneise zu ermöglichen. Bei Verbleib des ehemaligen Hauptgebäudes zum Zweck einer aufwendigen Sanierung und gewerblichen Nutzung kommt es zu erheblichen Einschränkungen dieses Vorhabens. Selbst ein von Ihnen in Auftrag gegebenes Gutachten empfiehlt keine hochwertige Nutzung. Die langfristige Ansiedlung eines Unternehmens mit über 100 Mitarbeiter*innen, mit entsprechendem Verkehrsaufkommen, in einem hochwassergefährdeten Biotop, ist daher auf jeden Fall in der Stadtgesellschaft zu diskutieren. Die Sanierungswürdigkeit und die von Ihnen angeführte Nachhaltigkeit bei der Nutzung der vorhandenen „grauen Energie“ stellen wir in Frage. Der Aufwand bei der Sanierung, des sich in einem sehr schlechten Zustand befindende zu erhaltende Gebäude, würde Gefahr laufen die Einsparung bei der Verwendung vorhandenen Baumaterialien weit zu übertreffen. Der aufwendig sanierte Gewerbebau würde zudem in einem Überflutungsgebiet stehen, was einen teuren Gebäudeschutz und unklare Haftungsverhältnisse bei Wasserschäden nach sich ziehen könnte. Weiterhin würden erhebliche Investitionssummen in eine Immobilie fließen, die eine temporäre Nutzung darstellen soll. Was passiert in 66 Jahren mit Auslaufen des Erbpachtvertrages mit dem aufwendig sanierten Gebäude? Durch den Erhalt des Gebäudes ist kein optimaler und langfristiger Hochwasserschutz sichergestellt und kommenden Stadtverwaltungen wären die Hände für einen effektiven Klima-, Natur- und Artenschutz gebunden. Angesicht der globalen Erwärmung (Heat-Islands in der Stadt) und der Zunahme an Extremwetterereignissen zeugt das Vorhaben von keiner nachhaltigen Stadtplanung.

Aus ökonomischer Sicht wird von Ihnen konsequent das Argument mangelnder Finanzmittel zur Realisierung der vollständigen Renaturierung vorgebracht. Bisher konnten jedoch in 30 Jahren über 50 % der geplanten Maßnahmen zur Renaturierung umgesetzt werden. Nun übereilt eine schnelle Lösung gegen viel Widerstand in der Bevölkerung durchzusetzen, die eine Weichenstellung für die nächsten 66 Jahre darstellen wird, weicht von dem bisherigen Weg und dem großen Ziel ab. Bei einem wirklich ambitionierten Willen zur Findung von Lösungen, dürfte die Petition von Ihnen nicht diskreditiert werden. Das ehemalige EOW-Gelände wurde 2011 als Ausgleichsflächenpool für die Impulsregion Erfurt-Weimar-Jena angemeldet. Auch wenn der Rückbau der Gebäude bis zur Bodenplatte für private Ausgleichsmaßnahmen unattraktiv ist, ist davon auszugehen, dass es auch weitere Baumaßnahmen öffentlicher Träger wie die Quartiersentwicklung im Merketal geben wird, deren Mittel der Renaturierung zugeführt werden können. Der Vorteil dabei ist, dass es bei zukünftigen Baumaßnahmen immer eine sehr sinnvolle Zuwendung der Ausgleichsleistungen gibt und diese nicht an weniger relevanter Stelle geleistet werden müssen. Sie selbst sprechen in Antworten auf Anfragen davon, dass eine vollständige Renaturierung das Optimum für den Klima-, Arten- und Hochwasserschutz darstellen würde. Bisher sind viel Steuereinnahmen der Bürgerinnen und Bürger aus Weimar in die Renaturierung geflossen.

Wesentliche Unklarheiten gibt es weiterhin bei dem hydrologischen Gutachten. So wurde nicht über Änderungen des Überschwemmungsgebietes und über den Verlust bzw. Gewinn von Retentionsräumen berichtet. Ein maßgeblicher Fehler stellt der nicht beachtete Objektschutz bei HQ 100 dar, der als Faktor einen Standard bei der Untersuchung darstellen müsste. Die Planung für den nötigen Objektschutz (Deichumringung, Rettungswege, Straßenerhöhung) wird die Fließwege bzw. Fließgeschwindigkeiten und Wassertiefen ändern, was bisher nicht berücksichtigt wurde. Grundsätzlich ist mit einer Verschärfung der Hochwassersituation, in der Höhe, Dauer sowie Häufigkeit bereits in den nächsten 30 Jahren zu rechnen.

Darüber hinaus sollte die Schaffung eines durchgängigen Grünzuges von Tiefurt bis Belvedere als städtebauliche Aufwertung für die Gesamtstadt diskutiert werden. Weimar lebt vom Tourismus und der durchgängige Grünzug könnte eine Aufwertung der Parklandschaft und des Ilmradweges als Tourismusmagnet darstellen. Wichtig ist zudem die Überlegung, ob es in 66 Jahren mehr Kommunalgelder für Natur- und Hochwasserschutz und mehr Flächen für die Gewerbeansiedlung als jetzt geben wird, wenn der Klimawandel fortgeschritten und das Flächenproblem noch verheerender geworden ist.

Partizipation in Weimar

Zum Anlass dieses Briefes führte maßgeblich Ihr Umgang mit der Petition zur vollständigen Renaturierung des EOW-Geländes. Als Prinzip guter Stadtplanung und guter kommunaler Regierungsführung sollte es mittlerweile Standard sein, aktiv auf die städtische Öffentlichkeit bei (weitreichenden) Entscheidungen zuzugehen. Als Stadtplaner*innen scheitern wir dabei immer wieder an mangelndem Interesse oder Phänomenen wie dem Partizipationsparadox, nach welchem das öffentliche Interesse in fortgeschrittenen Projektphasen steigt, während der Einflusspielraum sinkt. Wenn es ein enorm großes Interesse aus der Bevölkerung gibt, sich bei der frühen Entscheidungen einzubringen, sollte dieses auf jeden Fall nicht diskreditiert werden. Ihre diffamierende Reaktion auf die Petition im Thüringer Landtag, als Reaktion auf mangelnde Mitsprache in Weimar, führte daher zu großer Unzufriedenheit bei vielen Unterzeichnenden der Petition und darüber hinaus. Dies führte zu der Frage nach einem Planungsideal für die Weimarer Stadtgesellschaft, welches sich weniger anhand klassischer, starrer Begrifflichkeiten wie Top-Down oder Bottom-Up definiert, sondern nach einem guten Miteinander auf Augenhöhe strebt? In der neuen Leipzig Charta, das Leitdokument für eine zeitgemäße, nachhaltige und integrierte Stadtpolitik in Deutschland und Europa, unterschrieben durch alle für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister, stehen fünf Prinzipien im Fokus guter kommunaler Regierungsführung: Die Gemeinwohlorientierung, der integrierte Ansatz, Beteiligung und Koproduktion, die Mehrebenen Kooperation und der ortsbezogene Ansatz, inklusive Einbeziehung der Gesamtregion. Sollte an diesen 'zeitgemäßen' Prinzipien unsere Stadt gemessen werden, würde sie mit Potenzial nach oben abschneiden. Unter Beteiligung wird genauer ausgeführt, dass eine öffentliche Beteiligung bei Stadtentwicklungsprozessen alle Akteure in der Stadt einbeziehen sollte, um die lokale Demokratie zu stärken. „Bürgerinnen und Bürger sollten möglichst überall dort zu Wort kommen, wo Stadtentwicklungsprozesse sich auf ihren Alltag auswirken“. Beteiligungsformen sollen ausgebaut werden und tragen wesentlich zu einer hohen Qualität der bebauten Umwelt bei. Der Mehrebenen-Ansatz bedeutet, dass nicht nur die Kommune, sondern jede Verwaltungsebene nach dem Prinzip der Subsidiarität als Gestalterin für unsere Zukunft von Bedeutung ist: „Komplexe

Herausforderungen sollten alle Ebenen der Stadtentwicklungs- und Raumordnungspolitik gemeinsam angehen“. Viele Kommunen haben sogar bereits Beteiligungskordinatoren angestellt. Wichtig ist, dass die Koproduktion weit über die Beteiligung als Pflicht in Planungsverfahren hinaus geht. Dies bringt uns zu einem weiteren Punkt bei Ihrem Umgang mit der Petition. Neben Ihrer Haltung zur Petition, lässt sich auch die Haltung Ihrer stärksten Unterstützer CDU und Weimarerwerk/FDP, Piraten zitieren. In ihrer Presseerklärung schreiben sie: “Die Fraktionen von CDU und Weimarerwerk, Bürgerbündnis, FDP und Piraten fordern die Stadtspitze auf, die Vorlage zur nachhaltigen Entwicklung der Ilmaue in Oberweimar zügig in den Stadtrat einzubringen. Die Debatte dazu hat im Stadtrat zu erfolgen – und ausschließlich im Stadtrat. Der Versuch, den Petitionsausschuss des Landtages mit dieser Frage zu befassen, ist ein polemischer Angriff auf unsere kommunale Selbstverwaltung“. Zuerst ist klar zu sagen, dass dieses Verständnis einer kommunalen Diskurskultur, mit Verweis auf die Ausführungen zur Neuen Leipzig Charta, scharf zu kritisieren ist. Vielmehr sollte aktiv die Diskussion gesucht anstatt abgewehrt werden. Wenn Bürgerinnen und Bürger erleben, dass sie gehört und ihre Ideen und Belange berücksichtigt werden, dann steigt auch die Bereitschaft zur Kompromissfindung, auf beiden Seiten. So sollten auch zur Lösungsfindung in Bezug auf die Renaturierung externe Fachleute, Verfahren wie Planungsworkshops mit Expert*innen und engagierte Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft einbezogen werden, um den fachlichen sowie nicht-fachlichen Blick mit einzubringen und einen Perspektivwechsel zu bewirken. So gibt es zwar bisher nur ein Angebot eines Investors, doch stand die Option der außerplanmäßigen gewerblichen Nutzung von Gebäuden im ehemaligen EOW-Gelände auch nie zuvor zur Debatte.

Weiterhin ist die Sichtweise, dass Renaturierung, Natur-, -Arten-, Klima-, und Hochwasserschutz allein kommunal zu betrachten ist, nicht zu teilen. Der Schutz dieser Güter hört nicht an der Stadtgrenze auf und kann daher auch nicht isoliert betrachtet werden. Die Petition an den Thüringer Landtag zu richten ist daher, da alternativlos, folgerichtig. Hochwasserschutz ist neben kommunaler Aufgabe auch Aufgabe des Landes. Über Hochwasserschutz hinaus ist Natur- und Umweltschutz eine globale Aufgabe und die internationale Staatengemeinschaft baut wesentlich auf den Gestaltungs- und Umsetzungswillen der Städte. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der UN, der Europäischen Union und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sieht Städte als essenzielle Akteure zur Umsetzung der globalen, deutschen und Länder-Nachhaltigkeitsziele. Die gemeinsamen Ziele können ausschließlich durch ein Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft erreicht werden. Die Stadt Weimar erkannte den überregionalen Bezug zum Klimaschutz bereits und verabschiedete erst kürzlich: „Die Stadt Weimar will dazu beitragen, die im Klima-Übereinkommen von Paris 2015 festgelegte Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur auf maximal 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu erreichen. Sie wird sich auch im Rahmen ihrer Mitwirkung an Bundes- und Landesgesetzen und sonstigen Vorhaben für die Erreichung dieses Zieles einsetzen“. Hier wird das erkannte überregionale Verständnis deutlich. Denn durch die renaturierten Flächen entstehen z.B. Überschwemmungsbereiche, die wiederum zur Entlastung und Gefahrenminderung in anderen städtisch geprägten Räumen führen und somit ebenfalls einen Beitrag zum überregionalen Hochwassermanagement leisten können.

Zwar konnten bisher anscheinend nicht erfolgreich Landes-Fördermittel für den Hochwasserschutz beantragt werden, doch bietet die kommende Anhörung im Landtag eine gute Gelegenheit, diese Option zu bemühen, wenn Ihnen die vollständige Renaturierung auch am liebsten ist.

Fazit

Es steht eine Entscheidung im Stadtrat an, die stark in ein seit 30 Jahren verfolgtes Vorhaben eingreift und unmittelbar mehr als doppelt so lange in die Zukunft Auswirkungen haben wird. Aktuell ist dies ebenfalls angesichts der kürzlichen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Klimaklage, welche noch einmal deutlich gezeigt hat, dass politische Entscheidungen zum Umweltschutz nicht in Amtszeiten, sondern langfristig generationenübergreifend zu entscheiden sind.

Für die Stadt Weimar haben wir folgende Forderungen und Anregungen:

- Langfristige Planung und einen generationsübergreifenden Ansatz.
- Das eigene Bekenntnis zu mehr Klimaschutz konsequent verfolgen.
- Eine Wende im Umgang mit der städtischen Öffentlichkeit in Weimar
- Ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Stadtverwaltung und Stadtpolitik zu etablieren und Standards guter Beteiligung zu definieren.
- Ein neues Verständnis kommunaler Planungshoheit, das nicht an den Stadtgrenzen haltmacht.
- Kommunikation, Kooperation und Koproduktion
- Mehr Engagement in den zahlreichen nationalen und internationalen Stadtnetzwerken, zum Wissensaustausch. Renaturierungsprojekte gibt es viele. Städte, die besser vernetzt sind, sind meist auch nachhaltiger.

Mit freundlichen Grüßen

Emanuel Sandritter
Dorothea Müller
Nele Mangels
Jona Liebler
Veronika Steinbacher
Nils Baumann
Roman Müller
Dr. Mohamad Salehi Sadaghiani
Katrín Faulstich
Judith Brömel
Anna Lena Eichhorn
Ali Askari
Jannis Martens
Sönke von der Ahe
Jenny Oltmann
Rebecca Hausner
David Muñoz Hasselbrink
Anna Lotta Philippi
Annemieke Jansen
Nikolas Peschel
Tobias Born
Karoline Jobst

Luzie Leskopf
Janina Hain
Prof. Dr. Tom Lahmer
Lukas Tesche
Jonathan Hock
Cornelia Unglaub
Laura Meinert
Anton Brokow-Loga
Milena Grösch
Prof. Dr. Steffen de Rudder
Anno Schmalstieg

Weimar, den 14.06.2021

Für die weitere Korrespondenz:
emanuel.sandritter@uni-weimar.de